



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax:030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für
Pforzheim und den Enzkreis

„Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam!“

Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Der Ukraine-Konflikt, die Ebola-Epidemie und der Terror des „Islamischen Staates“: Krisen beherrschen derzeit die Tagesordnungen internationaler Treffen. Angesichts dessen rief Bundeskanzlerin Angela Merkel die Europäische Union und die Partner in der Welt zur Geschlossenheit auf.

In ihrer Regierungserklärung zum Asien-Europa-Gipfel in Mailand und zum EU-Gipfel in Brüssel sagte sie an diesem Donnerstag: „Globale Herausforderungen bewältigen wir nur gemeinsam.“ Weder der Terror des selbst ernannten Islamischen Staates (IS) noch die Ebola-Epidemie machen vor Grenzen Halt. Die Ausbreitung des hochansteckenden Virus sei nur im Rahmen einer deutlich engeren Zusammenarbeit aller Staaten zu bewältigen, sagte Merkel. Auch für den Kampf gegen die radikalislamistischen Gotteskrieger im Irak und in Syrien mahnte sie eine enge Kooperation mit den asiatischen Staaten an, beispielsweise um die Reisetätigkeit von Terroristen zu unterbinden. Am Rande des ASEM-Gipfels traf sich die Bundeskanzlerin auch zu einem sehr langen nächtlichen Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Heute ist ein Gespräch zwischen Putin und seinem ukrainischen Amtskollegen Petro Poroschenko geplant, an dem auch Angela Merkel und andere Staats- und Regierungschefs teilnehmen werden. Die Bundeskanzlerin erinnerte in ihrer Rede den russischen Präsidenten an seine Verantwortung für den Frieden in der Ostukraine: „Moskau muss hier einen entscheidenden Beitrag zur Deeskalation leisten.“ Die Kanzlerin ließ keinen Zweifel daran, dass sie insbesondere die Einhaltung des Minsker Abkommens thematisieren werde. Diese Vereinbarung vom September sieht unter anderem den Abzug von russischen Soldaten und Waffen aus der Grenzregion, eine Sicherung der russisch-ukrainischen Grenze sowie Kommunalwahlen im Osten der Ukraine vor. Merkel betonte, dass die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten würden, so lange es im Friedensprozess keine Fortschritte

gebe. Gleichzeitig werde unvermindert der Dialog mit Russland gesucht.

Mit Blick auf den EU-Gipfel am 23./24. Oktober 2014 forderte die Bundeskanzlerin die Mitgliedstaaten zur strikten Einhaltung des Wirtschafts- und Wachstumspakts auf. Solide Haushaltsführung und Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit seien unerlässlich. Sie machte deutlich, dass die Schuldenkrise in der Euro-Zone noch nicht dauerhaft überwunden sei. Nur ein starkes Europa könne seine Interessen in der Welt erfolgreich vertreten, erklärte Merkel. Daher werde sie sich für eine engere wirtschaftspolitische Koordination einsetzen. Diese sei notwendig, um im Euro-Raum und in der ganzen EU nachhaltig Wachstum zu fördern. Als nicht zufriedenstellend bezeichnete sie die Tatsache, dass von den sechs Milliarden Euro, die zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zur Verfügung gestellt wurden, bisher nur ein kleiner Teil abgerufen wurde. Dies sollte allen eine Mahnung sein, die nach immer mehr Hilfgeldern und Sonderprogrammen in Europa rufen.

Ein weiteres Thema des EU-Gipfels wird die Klima- und Energiepolitik sein. Als umstritten stellte die Kanzlerin die Klimaschutzziele heraus. Es sei nicht sicher, ob sich alle 28 Mitgliedstaaten in der kommenden Woche auf Ziele für die Reduzierung der Treibhausgase, die Senkung des Energieverbrauchs oder den Anteil der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2030 einigen können werden, sagte sie. Es stünden „schwierige Verhandlungen bevor“. Während Deutschland sich noch ehrgeizigere Klimaschutzziele vorstellen könne, gingen die Vorschläge der EU-Kommission anderen EU-Mitgliedern bereits zu weit. Die Kommission will den Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent verringern, den Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 27 Prozent steigern und den Primärenergieverbrauch um 30 Prozent senken. Eine Einigung gilt als wichtiges Signal für die Verhandlungen über ein globales Klimaschutzabkommen Ende 2015 in Paris.

Für einen Lebensabend in Würde – Pflegeleistungen werden verbessert

Die demografische Entwicklung Deutschlands hat massive Auswirkungen auf das Thema Pflege. Wir Deutschen werden erfreulicherweise nicht nur immer älter, wir sind auch deutlich länger fit und aktiv. Mit dem Anstieg der Lebenserwartung steigt aber zugleich die Zahl derer, die am Ende ihres Lebens pflegebedürftig werden, vor allem die Zahl der Demenzkranken nimmt zu. Die Union hat auf diese Entwicklung reagiert und das Pflegestärkungsgesetz eingebracht. Hilfe- und pflegebedürftige Menschen sollen mit einer auf ihre individuellen Bedürfnisse angepassten Pflege in Würde ihren Lebensabend verbringen können. Wir stellen deswegen künftig jährlich über zwei Milliarden Euro für die Verbesserung der Leistungen zur Verfügung. Dabei haben wir einerseits die Pflegebedürftigen im Blick, die in der großen Zahl zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt werden, andererseits aber auch die Angehörigen selbst, die viel Kraft und Zuwendung, häufig auch Zeit und Geld investieren. Jeder, der schon mal einen Menschen gepflegt hat, weiß, dass neben dem körperlichen und emotionalen Einsatz auch die richtige Ausstattung, individuell angepasst auf den Pflegebedürftigen, notwendig ist. Wir erhöhen daher den maximalen Zuschuss für die Wohnungseinrichtung um 1.500 Euro auf 4.000 Euro, damit Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer Umgebung bleiben können. Gleichzeitig werden Leistungen für Angehörige flexibilisiert, um sie zu entlasten. Zudem wird die zehntägige Erwerbs-Auszeit für die Organisation der Pflege in einem akuten Notfall, die schon jetzt Gesetz ist, ab dem 1.1.2015 mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt. Darüber hinaus haben Angehörige von Pflegebedürftigen künftig einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Sie können bis zu 24 Monate lang ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren und ein zinsloses Darlehen zur Bewältigung ihres Lebensunterhalts erhalten. Allerdings gilt der Anspruch nur in Betrieben mit mehr als 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Es bleibt beim schuldenfreien Haushalt

Kurz vor Beginn der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion an diesem Dienstag gab der Vorsitzende Volker Kauder ein Pressestatement ab. Darin machte er deutlich, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion an ihren Plänen festhalten wolle, im Haushaltsjahr 2015 ohne Neuverschuldung auszukommen. Auch wenn die Konjunktur sich abflache, sei es zwingend notwendig,

dass der Staat keine neuen Schulden mache, so CDU/CSU-Fraktionsvorsitzender Kauder in Berlin. Jeder, der die Diskussion führe, dass Deutschland neue Schulden machen solle, sende ein schlechtes Signal nach Europa, so Kauder in seinem Statement weiter.

Deutscher Vorstoß gegen weltweite Steuerschlupflöcher zeigt erste Erfolge

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble setzt sich in der EU und unter den OECD-Staaten sehr intensiv dafür ein, dass Gewinnverlagerungen und das Ausnutzen spezieller Besteuerungsregelungen für Konzerne abgeschafft werden. Jetzt kann er einen ersten Erfolg vorweisen. In dieser Woche hat der irische Finanzminister Michael Noonan angekündigt, neue Grundregeln einzuführen, um ein besonderes Steuersparmodell für Unternehmen („Double Irish“) zu beenden. Es ist gut, dass Irland einlenkt und endlich dieses bedeutende Steuerschlupfloch schließt. Die CDU/CSU-Fraktion wird genau beobachten, ob sich auch tatsächlich der erwartete Erfolg einstellt, denn die Lücken im Steuerrecht einiger Staaten, die eine angemessene Besteuerung großer internationaler Konzerne für die in Europa erzielten Gewinne verhindern, gehen immer zu Lasten der übrigen EU-Partner. Das ist nicht solidarisch und sorgt für eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber den deutschen Firmen, die aufgrund unserer strengeren Steuervorschriften diese Möglichkeiten nicht haben.

Deutschland erhöht Ebola-Hilfsgelder

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat in dieser Woche weitere 85 Millionen Euro zur Eindämmung der sich immer weiter verbreitenden Ebola-Epidemie in Westafrika bewilligt. Mit den bereits zugesagten 17 Millionen Euro stellt Deutschland insgesamt 102 Millionen Euro für den Kampf gegen Ebola zur Verfügung. Darüber hinaus hat die Bundeswehr eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern aus Deutschland und der EU eingerichtet. Die Situation in den betroffenen Ländern Sierra Leone, Liberia und Guinea ist dramatisch und droht außer Kontrolle zu geraten. Fast 9.000 Menschen sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mittlerweile an Ebola erkrankt. Die Zahl der Todesfälle ist auf fast 4.500 gestiegen. Angesichts dieser erschreckend hohen Zahlen sollen die Mittel sofort und effizient eingesetzt werden, um eine weitere Verbreitung des Virus zu verhindern. Dies nicht zuletzt deshalb, da die Ebola-Krise eine weltweite sicherheitspolitische Gefahr darstellt.